

24.07.2008

Bundeskonzferenz kommunaler Frauenbüros tagt in Frankfurt Frauenreferat ist Gastgeber der Tagung zum Thema Gleichstellungspolitik

(pia) Heute gibt es in Frankfurt eine Oberbürgermeisterin, es gibt eine Bundeskanzlerin und Fußballweltmeisterinnen - vor fünfzig Jahren kaum vorstellbar. Das Gleichberechtigungsgesetz und die Frauenbewegung haben viele Veränderungen auf politischer, administrativer und wirtschaftlicher Ebene bewirkt. Aber auch eine international bekannte Politikerin und erfolgreiche Sportlerinnen können nicht über die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen der weiblichen und männlichen Lebenswirklichkeit in Deutschland hinwegtäuschen.

Der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen liegt noch immer um rund 22 Prozent unter dem der Männer. In Sachen Lohngerechtigkeit gehört Deutschland damit zu den Schlusslichtern in Europa. Gleiche Bezahlung - außerhalb des öffentlichen Dienstes längst noch nicht überall verwirklicht - ist deshalb auch eine der zentralen Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG), deren Vertreterinnen sich vom 17. bis 19. August in der Banken- und Finanzmetropole Frankfurt zur 19. Bundeskonferenz auf dem Uni-Campus Westend (Casinogebäude, Grüneburgplatz 1) treffen. In diesem Jahr ist das Frauenreferat der Stadt Frankfurt am Main Gastgeberin. Zur Konferenz, die unter dem Thema "Gleichstellungspolitik: Soll & Haben" steht, werden über 450 Teilnehmerinnen erwartet. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger haben ihre Teilnahme zugesagt. Bürgermeisterin Jutta Ebeling empfängt die Konferenzteilnehmerinnen zum Auftakt am Sonntag, 17. August, um 18 Uhr im Kaisersaal des Römers.

Die BAG engagiert sich für die Chancengleichheit von Frauen und leistet auf kommunalpolitischer Ebene einen Beitrag zum nachhaltigen Aufbau gleichstellungspolitischer Strukturen.

Das Anmeldeformular zur 19. Bundeskonferenz gibt es im Internet unter www.frauenbeauftragte.de. Die Teilnahme kostet 145 Euro. Mehr Informationen gibt es bei Ramona Ebert, Geschäftsstelle BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen unter Telefon 030/41715406 oder per E-Mail an bag@frauenbeauftragte.de.